



"Wenn wir uns nicht intensiv mit den Krisen vor unserer Haustür beschäftigen, riskieren wir ein brutales Erwachen!"



Autor : Arnaud Danjean

Vor wenigen Tagen trafen sich die 28 EU-Verteidigungsminister in Brüssel und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments diskutierten im Parlament die Fortschritte der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In einem Monat wird am 19. und 20. Dezember 2013 der Europäische Rat stattfinden, der als Schwerpunkt dem Thema "Sicherheit und Verteidigung" gewidmet sein wird. Vor diesem Hintergrund veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung einen Text von Arnaud Danjean, Vorsitzender des Unterausschusses "Sicherheit und Verteidigung" im Europäischen Parlament.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Sicherheit - App/Mobil **Finanzkrise** : Eurogruppe - OECD - Griechenland - Polen - Portugal **Kommission** : Landwirtschaft - Freizügigkeit - Vereinfachung **Parlament** : Gleichstellung - Galileo - Preis/Sacharow - Haushalt - Landwirtschaft **Rat** : Bildung/Jugend - Haushalt - EU/Japan - Verteidigung - EU-China **Diplomatie** : Iran **Deutschland** : Wiedervereinigung - Östliche Partnerschaft - Außenhandel **Zypern** : Treffen **Griechenland** : Deutschland **Frankreich** : Verkehr **Italien** : Frankreich - Privatisierung **Luxemburg** : Hommage/Werner **Polen** : Ministerwechsel **Tschechische Republik** : Regierung? **Slowenien** : Rücktritt **Georgien** : Premierminister **Ukraine** : EU/Ukraine **Raumfahrt** : Biosphäre **Europarat** : Digitales **UNO** : Klima **Eurostat** : Bevölkerung **Berichte/Studien** : EBRD - Gesundheit **Kultur** : Katakomben/Rom - Ausstellung/Mailand - Ausstellung/Berlin

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

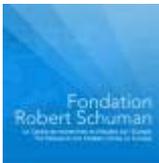
12. Berliner Sicherheitskonferenz



Am 26. und 27. November 2013 findet bereits zum 12. Mal die Berliner Sicherheitskonferenz (BSC Berlin Security Conference) statt. In diesem Jahr wird die Konferenz dem Thema "Post-Afghanistan" gewidmet sein ("Post-Afghanistan - new requirements and opportunities for politics, military and industry"). Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am 27. November 2013 an der Debatte zum Thema "Herausforderungen für Europa nach Afghanistan – Mittlerer Osten und Afrika" teilnehmen... [Fortsetzung](#)

Nutzen Sie unsere neue App "Fondation Robert Schuman"!

Unsere neue App "Fondation Robert Schuman" steht für Sie zum kostenlosen Download bereit - erhältlich über Apple store oder Google



play. Sie ersetzt die bisherige App Euscope. Mit unserer neuen App werden Sie zuverlässig über alle wichtigen europäischen Nachrichten informiert - wo auch immer Sie sich gerade aufhalten. Über die App erhalten Sie ebenso Zugriff auf unsere aktuellen Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Policy Papers. Darüber hinaus können Sie Hintergrunddossiers lesen und Sie erhalten Zugang zu unserem online-shop... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

Treffen der Eurogruppe



Am 22. November 2013 trafen sich die 17 Finanzminister der Eurogruppe in Brüssel. Inhalt der Gespräche waren die Anzeichen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die weitere Koordinierung der Fiskalpolitiken zur Unterstützung der positiven Entwicklung. Die Minister erörterten die Empfehlungen der Kommission zu den jeweiligen nationalen Haushalten der 17 Eurostaaten. Sie betonten, dass sie die Strukturreformen weiter fortführen und die öffentlichen Ausgaben reduzieren wollen. Die Minister wollen insbesondere Malta, Italien, Spanien und Finnland bei ihren Anstrengungen unterstützen. Einige Länder hätten keinen Spielraum mehr und müssten ihre Haushaltsentwürfe rigoros umsetzen, wie beispielsweise Slowenien, die Niederlande oder Frankreich... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

OECD senkt Wachstumsprognose für Weltwirtschaft



Am 19. November 2013 veröffentlichte die OECD ihren Wirtschaftsbericht "Economic Outlook" zur Entwicklung der Weltwirtschaft. Die OECD senkt ihre Prognose für die weltwirtschaftliche Entwicklung: 2013 wird das Wachstum laut OECD weltweit statt bei 3,1% nur bei 2,7% liegen. Für 2014 geht die OECD von einem Wachstum in Höhe von 3,6% aus (statt zunächst prognostizierten 4%). 2015 wird das Wachstum laut OECD ca. bei 3,9% liegen. Hauptgrund für die schlechteren Entwicklungsaussichten für die Schwellenländer. Die OECD warnt vor der Gefahr einer negativen Beeinflussung der Weltwirtschaft durch große Industrieländer. Insbesondere der ungelöste Haushaltsstreit in den USA stellt laut OECD ein großes Risiko dar... [Fortsetzung](#)

Griechenland: Haushaltsentwurf 2014



Am 21. November 2013 stellte der griechische Finanzminister Yannis Stournaras den Haushaltsentwurf 2014 im Parlament vor. Der Entwurf sieht ein Ende der Rezession im kommenden Jahr vor und einen Anstieg des BIP um 0,6%. Der stellvertretende Finanzminister Christos Staikouras bestätigte, dass Griechenland für 2014 von einem Primärüberschuss (ohne Schuldentilgung) in Höhe von 1,6% ausgeht, ungefähr 3 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

IWF beurteilt wirtschaftliche Entwicklung in Polen positiv



Der Internationale Währungsfonds (IWF) änderte am 22. November 2013 seine Wirtschaftsprognose für Polen. 2013 wird das Wachstum laut IWF 1,3% betragen und 2014 2,7%. Die Binnennachfrage wird laut IWF hauptsächlich zur positiven Wachstumsentwicklung 2014 beitragen. Der IWF wies jedoch zugleich auf die schwache Entwicklung des Arbeitsmarktes hin... [Fortsetzung](#)

Eurozone zahlt 3,7 Milliarden Euro an Portugal



Am 19. November 2013 gab der Verwaltungsrat des Hilfsfonds der Eurozone (EFSF) grünes Licht für die Auszahlung einer weiteren Hilfstranche an Portugal in Höhe von 3,7 Milliarden Euro. Die Auszahlung erfolgt im Rahmen des 2011 mit Portugal vereinbarten internationalen Rettungsplans. Die Entscheidung folgt auf eine positive Bewertung durch die Troika (EU-Kommission, IWF und EZB). Klaus Regling, Vorsitzender des EFSF, sagte, dass Portugal nach mehrjährigen Anstrengungen nunmehr die entscheidende Phase zur Rückkehr an die Finanzmärkte erreicht habe. Nach Auszahlung der Hilfstranche an Portugal kann die Eurozone vor dem für Juni 2014 vorgesehenen Ende des Hilfsprogramms noch 1,2 Milliarden Euro an Portugal auszahlen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse



Am 21. November 2013 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge zu Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse. Durch die Vorschläge soll die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Agrarsektors erhöht und neue europäische und außereuropäische Märkte erschlossen werden. Entsprechend der Vorschläge soll das Qualitätsbewusstsein der Verbraucher erhöht werden, die Subventionen für Information und Verbreitung sollen ausgeweitet werden, es soll eine europäische Absatzstrategie entwickelt werden, Verwaltungsmaßnahmen sollen vereinfacht und durch eine spezielle Zuständigkeit innerhalb der Kommission soll das Verfahren vereinfacht werden... [Fortsetzung](#)

Freizügigkeit der EU-Bürger



Am 25. November 2013 veröffentlichte die EU-Kommission ein Grundsatzpapier zur Freizügigkeit in der EU, in dem sie auch auf Bedenken einiger Mitgliedsländer in Bezug auf Zugang zu Sozialleistungen etc. eingeht. Das Papier der Kommission enthält fünf konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Rechts auf Freizügigkeit und zur Unterstützung der Mitgliedstaaten. EU-Justizkommissarin Viviane Reding sagte hierzu: "Ich kenne die Bedenken einiger Mitgliedstaaten hinsichtlich des potenziellen Missbrauchs im Zusammenhang mit Mobilitätsströmen. Missbrauch schwächt die Freizügigkeit. Aufgabe der Europäischen Kommission ist es, die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen. Aus diesem Grund schlägt die Kommission heute fünf Aktionen vor, die es den Mitgliedstaaten erleichtern werden, gegen möglichen Missbrauch vorzugehen und EU-Mittel wirksamer für die soziale Inklusion einzusetzen."... [Fortsetzung](#)

Verordnungsentwurf zur leichteren Streitbeilegung



Am 19. November 2013 präsentierte die EU-Kommission ihre Vorschläge zur leichteren Streitbeilegung in der EU. Streitigkeiten um kleinere Beträge sollen einfacher, kostengünstiger und schneller gelöst werden. Der Grenzwert soll von 2000 auf 10 000 Euro erhöht werden, wodurch kleine und mittlere Unternehmen entlastet würden. Die Definition für grenzüberschreitende Streitigkeiten soll ausgeweitet und Gerichtskosten begrenzt werden, so dass der Streitwert nicht überschritten werden kann. Der Vorschlag beinhaltet zudem Maßnahmen zur Entbürokratisierung und zur Gebühreensenkung, zum Beispiel durch stärkere Internetnutzung... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Europäisches Parlament fordert Geschlechterquote in Aufsichtsräten



Das Europäische Parlament stimmte am 20. November 2013 für die Einführung einer Geschlechterquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Davon würden vor allem Frauen profitieren. Nach den Vorstellungen des Parlaments sollen die Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen bis 2020 zu 40 Prozent mit dem jeweils unterrepräsentierten Geschlecht besetzt sein. Für Unternehmen in Staatsbesitz soll dieser Wert bereits 2018 erreicht werden. Doch eine starre Quote ist letztlich nicht vorgesehen, vielmehr geht es um Zielgrößen. Mittelständler bis zu einem Jahresumsatz von 250 Millionen Euro sollen ausgenommen werden. Die Mitgliedsländer müssen für den Text stimmen, damit die Regelung in Kraft tritt... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament stimmt für Weiterentwicklung und -finanzierung von Galileo



Am 20. November 2013 stimmte das Europäische Parlament mehrheitlich für die weitere Finanzierung der europäischen Satellitensysteme Galileo und EGNOS für den Zeitraum 2014-2020. Die Mittel in Höhe von insgesamt 7 Mrd. EUR werden dafür verwendet, die Satellitennavigationsinfrastruktur zu vollenden, den laufenden Betrieb zu gewährleisten, nötigenfalls Ergänzungen vorzunehmen oder für Ersatz zu sorgen. Ferner werden sie für die Entwicklung grundlegender Komponenten wie Galileo-tauglicher Chipsätze oder Empfänger und insbesondere für die Bereitstellung von Diensten eingesetzt werden... [Fortsetzung](#)

Malala Yousafzai erhält Sacharow-Preis



Am 20. November 2013 erhielt Malala Yousafzai, die 16 jährige Aktivistin aus Pakistan, den Sacharow-Preis für ihren Einsatz für Bildung von Mädchen. "Es gibt Armut, Angst und Terrorismus, aber auch Hoffnung. Denn wir alle arbeiten hier gemeinsam daran, diesen Kindern zu helfen, in ihrem Namen zu sprechen und zu handeln", sagte Malala Yousafzai vor den EU-Abgeordneten in Straßburg. In ihrer Rede sagte sie auch, dass man die Stärke eines Landes nicht an der Größe seiner Armee ablesen könne, sondern an der Anzahl gebildeter Menschen. Sie forderte mehr Hilfe für Kinder, die keinen Zugang zu Bildungsangeboten haben: "Diese Kinder wollen kein iPhone, keine X-box, Playstation oder Schokolade. Sie wollen nur ein Buch und einen Stift..." [Fortsetzung](#)

Finanzprognose 2014-2020 und Haushalt 2014



Am 19. November 2013 verabschiedeten die Europaabgeordneten den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. Der Rahmenhaushalt hat einen Gesamtumfang von 960 Milliarden Euro (3,5% weniger als für die Jahre 2007-2013). Der Kompromiss ist das Ergebnis dreijähriger Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Europäischen Abgeordneten und den Mitgliedsländern. Am 20. November 2013 stimmten die Europäischen Abgeordneten mit 494 Stimmen bei 153 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen für den EU-Haushalt 2014, für den die Abgeordneten gegenüber dem Rat eine Erhöhung von 500 Millionen Euro durchsetzen konnten. Der EU-Haushalt 2014 wird einen Gesamtumfang von 135,5 Milliarden Euro haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Reform der gemeinsamen Agrarpolitik



Die Einigung der EU-Institutionen und der Mitgliedsstaaten für eine Gemeinsame Agrarpolitik 2014 bis 2020 ist am 20. November 2013 vom EU-Parlament in Straßburg angenommen worden. Trotz Kürzungen bei Direktzahlungen und Geldern für ländliche Entwicklung - in Summe 11,3 Prozent weniger - soll die Reform mehr Gerechtigkeit in der Mittelverteilung zwischen Ost- und Westeuropa und mehr Nachhaltigkeit ermöglichen. Die Direktzahlungen sollen künftig nur noch für tatsächlich agrarisch genutzte Flächen aufgewendet werden, was über eine "Negativliste" geregelt wird. Ebenso sind die Direktzahlungen mit drei verpflichtenden ökologischen Maßnahmen verknüpft. Insgesamt werden im EU-Durchschnitt die finanziellen Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) um 11,3 Prozent auf 373,2 Milliarden Euro gekürzt, den größten Teil betrafen die Direktzahlungen mit 41 Mrd. Euro, rund 13 Milliarden Euro wurden bei der ländlichen Entwicklung eingespart... [Fortsetzung](#)

Rat :

Ergebnisse des Ratstreffens "Bildung und Jugend"



Am 25. November 2013 diskutierten die 28 EU-Bildungsminister auf ihrem Ratstreffen in Brüssel über neue Ausbildungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit digitalen Medien. Die Minister betonten die Bedeutung einer koordinierten Zusammenarbeit der europäischen Universitäten (strategische Partnerschaften etc.), um Europa eine gute Position im weltweiten Wettbewerb zu sichern. Das Programm Erasmus+ soll verstärkt gefördert werden. Ferner wollen sich die Minister verstärkt für doppelte Abschlüsse und eine Ausweitung der Mobilität europäischer Studenten einsetzen. Arbeitslose Jugendliche sollen besser aufgefangen und integriert werden. Abschließend wurde anhand einiger guter Beispiele präsentiert, wie der Übergang von Schule auf den Arbeitsmarkt durch politische Maßnahmen erleichtert werden kann... [Fortsetzung](#)

Mitgliedstaaten stimmen für EU-Haushalt 2014



Die 28 EU-Außenminister stimmten am 19. November 2013 für den EU-Haushalt 2014, der zuvor mehrheitlich im Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Zugleich stimmten die Minister für den Nachtragshaushalt Nr.9 (für Ausgleichszahlungen an 4 Mitgliedsländer, darunter Deutschland, zur Beseitigung von Hochwasserschäden). Die Minister diskutierten darüber hinaus das Europäische Semester 2014 und die Wachstumsprognosen für 2014; sie gaben grünes Licht für den Start des 4. Europäischen Semesters für eine koordinierte Wirtschaftspolitik der Union. Abschließend informierten sich die Minister über den Stand der Vorbereitungen für den Europäischen Rat am 19. und 20. Dezember 2013... [Fortsetzung](#)

21. EU-Japan Gipfel



Am 19. November fand der 21. EU-Japan Gipfel statt. Vertreter beider Seiten sprachen sich für weitere Verhandlungen zur Aushandlung eines Freihandelsabkommens und für eine Wirtschaftspartnerschaft aus. Übereinstimmend wurde die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für Wachstum und Wettbewerb betont. Im Hinblick auf anstehende Verhandlungen innerhalb der WTO, zu Fragen des Klimawandels und der Liberalisierung des Energiemarktes wollen die EU und Japan enger zusammenarbeiten. Vertreter beider Seiten äußerten ihre Besorgnis angesichts der aktuellen Entwicklungen in Nordkorea, Iran, Syrien und Somalia... [Fortsetzung](#)

Diplomatie und Verteidigung



Am 18. und 19. November 2013 informierten sich die 28 EU-Außenminister über den Stand der Vorbereitungen für den Europäischen Rat im Dezember und für den Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 28. und 29. November 2013. Die Minister erklärten den tunesischen Verantwortlichen ihre volle Unterstützung während der schwierigen Demokratisierung; angesichts der aktuellen Lage in Syrien und Libyen zeigten sich die Minister besorgt. Gemeinsam mit den EU-Verteidigungsministern wurden die Themen europäische Sicherheit und Verteidigung im Hinblick auf den Europäischen Rat am 19. und 20. Dezember 2013 debattiert. Mehrere europäische Länder (darunter Deutschland, Frankreich, Spanien, Griechenland, Italien, Niederlande und Polen) sprachen sich für ein gemeinsames Drohnenprogramm aus und für die Herstellung europäischer Drohnen der neuen Generation, die bis 2020 einsatzfähig sein sollen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

16. EU-China Gipfel



Am 21. November 2013 einigten sich die Vertreter der EU und Chinas auf dem 16. EU-China Gipfel auf eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft zur Stärkung von Frieden, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung. Vereinbart wurde zudem der Beginn von Verhandlungen mit dem Ziel eines Investitionsabkommens, das der Sicherung von Investitionen und dem freien Marktzugang dienen soll. Die Anwesenden bekräftigten darüber hinaus ihre Absicht, einen bilateralen Dialog zum Rechtsstaat in die Wege zu leiten... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Einigung zum iranischen Nuklearprogramm



Im Atomstreit mit dem Iran haben die Weltmächte (USA, China, Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) einen Durchbruch erzielt. Aber sowohl die USA als auch Teheran sprechen nur von einem ersten Schritt. Mit diesem ersten Schritt soll das Atomprogramm zurückgefahren werden, so US-Außenminister John Kerry. Durch den neuen Aktionsplan solle der Iran seinen guten Willen demonstrieren, und zwar durch folgende Maßnahmen: Der Iran habe zugestimmt, alle Urananreicherung über fünf Prozent einzustellen und alle hochangereicherten Uranvorräte zu konvertieren. Mehr noch: Der Iran werde die Bestände von bis zu 3,5 Prozent angereichertem Uran in den nächsten sechs Monaten nicht weiter erhöhen und keine neuen Anreicherungsanlagen bauen. Im Gegenzug werden die Sanktionen gegen Iran gelockert. Das Abkommen ist ein Meilenstein, trotz unterschiedlicher Auslegungsmöglichkeiten und Interpretationsspielräumen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013



Am 20. November 2013 veröffentlichte die Bundesregierung den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013. Das Zusammenwachsen von Ost und West ist 23 Jahre nach der Wiedervereinigung weit vorangekommen. Die Abwanderung aus Ostdeutschland ist weitgehend gestoppt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger kehren zurück. Die Arbeitslosenquote ist in den neuen Ländern auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Der Osten hat sich als Wirtschaftsregion in Europa etabliert. Es sind neue Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen entstanden. Die Geburtenrate liegt in den neuen Länder mittlerweile höher als im Westen... [Fortsetzung](#)

Rede von Angela Merkel im Bundestag



Am 18. November 2013 debattierten die Bundestagsabgeordneten in einer Sondersitzung über das amerikanische Spionageprogramm der NSA. In ihrer Rede forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sämtliche Details des Programms aufgeklärt werden müssten. Im Hinblick auf den am 28. und 29. November in Vilnius stattfindenden Gipfel zur Östlichen Partnerschaft betonte Merkel, dass es die freie Entscheidung der osteuropäischen Staaten sein müsse, ein Assoziierungsabkommen mit der EU abzuschließen oder nicht. Sie warnte Russland vor einer weiteren Beeinflussung und Bedrohung der osteuropäischen Staaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Angela Merkel verteidigt Exportüberschuss Deutschlands



Am 21. November 2013 verteidigte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede auf dem 7. Führungstreffen Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung in Berlin die Exportüberschüsse Deutschlands. "Es wäre absurd, wenn wir dabei ansetzen wollten, dass deutsche Unternehmen ihre Produktion drosseln oder Abstriche bei der Produktqualität machen." Dies könne nicht der Sinn eines erfolgreichen Europas sein, so Merkel zur Diskussion um die deutschen Exportüberschüsse. Die Bundeskanzlerin hielt ihre Rede vor über 300 Persönlichkeiten aus Industrie, Wirtschaft und Politik, darunter auch Mario Draghi, Vorsitzender der Europäischen Zentralbank (EZB). Merkel unterstrich, dass mehr Wachstum in Europa im Interesse Deutschlands liege und dass Deutschland sich für eine umfassende Bankenunion einsetzen wird, bei der jedoch manche Schritte nur durch Vertragsänderungen möglich seien, wozu Deutschland bereit sei... [Fortsetzung](#)

Zypern :

Präsident Zyperns trifft Anführer der türkischen Zyperer



Am 25. November 2013 trafen sich Zyperns Präsident Nikos Anastasiades und Dervis Eroglu, der Anführer der türkischen Zyperer, zu einem Sondierungsgespräch. Einen Durchbruch haben sie nicht erzielt. Der Weg zu den Gesprächen sei noch weit, sagte Anastasiades nach dem zweieinhalbstündigen Treffen in Zyperns Hauptstadt Nikosia vor Journalisten. Man habe sich nicht auf eine gemeinsame Erklärung zum weiteren Vorgehen einigen können. Allerdings würden die Bemühungen fortgesetzt, kündigte er wenig später im Fernsehen an. Eroglu versicherte, er sei bereit, ohne Vorbedingungen in Gespräche zu gehen. Einig sind sich beide Seiten darüber, dass sie die Wiedervereinigung wollen - doch über die Form die künftigen Zyperns gehen die Vorstellungen weit auseinander... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft griechischen Premierminister Antonis Samaras



Am 22. November 2013 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin den griechischen Premierminister Antonis Samaras, um über die Reformfortschritte Griechenlands zu sprechen. Samaras habe ihr "eine Reihe von sehr beeindruckenden Fakten darstellen können", sagte die Bundeskanzlerin in Bezug auf die Entwicklung in Griechenland. Das Land habe "erhebliche Fortschritte" gemacht. "Wir sehen erste Früchte des Erfolgs." Samaras stellte in diesem Zusammenhang fest, dass Griechenland nach sieben Jahren der Rezession in eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs eintrete. "Es gibt ein Licht am Ende des Tunnels, das wir inzwischen alle erkennen können." Samaras habe im Gespräch immer wieder gesagt, dass Griechenland zu seinen Verpflichtungen stehe, erklärte die Kanzlerin. "Ich habe keinen Zweifel daran".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Kommission fordert Rückforderung rechtswidriger Beihilfen von Frankreich



Entsprechend eines Beschlusses der Kommission vom 20. November 2013 wird diese den Gerichtshof der EU anrufen, weil Frankreich es unterlassen hat, nicht mit dem Binnenmarkt vereinbare Zuschüsse zurückzufordern, die das Land der SNCM für einen sogenannten "Zusatzdienst" im Bereich der Fährverbindung zwischen Marseille und Korsika während der Reisesaison gewährt hat; dieselbe Dienstleistung wurde jedoch bereits von privaten Anbietern erbracht. Im Mai 2013 hatte die Kommission festgestellt, dass diese Beihilfen nicht mit den EU-Beihilfenvorschriften im Einklang stehen (vgl. IP/13/393 und MEMO/13/396). Die Beihilfen hätten innerhalb von vier Monaten von der SNCM zurückgefordert werden müssen. Mehr als sechs Monate später hat Frankreich den Beschluss noch immer nicht umgesetzt... [Fortsetzung](#)

Italien :

31. Frankreich-Italien Gipfel: "Für ein Europa des Wachstums"



Am 20. November 2013 fand in Rom der 31. Frankreich-Italien Gipfel statt. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten der italienische Regierungschef Enrico Letta und der französische Präsident François Hollande, dass sie gemeinsam für "ein Europa des Wachstums" arbeiten werden. Beide betonten, dass die Bankenunion weiter vorangebracht und zum Erfolg geführt werden und die Eurozone über eigene finanzielle Kapazitäten verfügen sollte. Im Hinblick auf den Europäischen Rat am 19. und 20. Dezember sprachen sich beide für einen einheitlichen Auflösungsmechanismus für Banken aus und für die Möglichkeit einer direkten Rekapitalisierung von Banken aus Mitteln des Europäischen Stabilitätsfonds. In bilateraler Hinsicht stellt für Paris und Rom die Verbindung Lyon-Turin eine Priorität dar. Lesen Sie hierzu die von der Robert Schuman Stiftung veröffentlichte Studie "Le Lyon-Turin, c'est maintenant!". [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Italienische Regierung kündigt Privatisierung von 8 Unternehmen an



Die italienische Regierung kündigte am 21. November 2013 einen umfangreichen Privatisierungsplan an: Sie will staatliche Beteiligungen an Unternehmen für bis zu 12 Milliarden Euro verkaufen. Das italienische Finanzministerium werde einen Anteil von 3 Prozent am Energiekonzern Eni sowie größere Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen wie dem Schiffbauer Fincantieri verkaufen, kündigte Ministerpräsident Enrico Letta nach einer Kabinettsitzung an. Ebenfalls zum Verkauf gestellt wird die Import-Exportbank SACE und ein Anteil an der Holdinggesellschaft CDP Reti, die in großem Umfang an Unternehmen wie dem Stromnetzbetreiber Terna beteiligt ist... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Luxemburg :

Gedenkveranstaltungen zu Ehren Pierre Werners



Vom 26. November bis zum 9. Dezember 2013 organisiert die Luxemburgische Christdemokratische Partei CSV in Zusammenarbeit mit dem Europazentrum CVCE eine Serie von Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Pierre Werners, ehemaliger Premierminister Luxemburgs, der in diesem Jahr am 29. Dezember 100 Jahre alt geworden wäre. Pierre Werner hat nicht nur die Geschichte Luxemburgs geprägt, sondern auch die der Europäischen Union, insbesondere die der Wirtschafts- und Währungsunion. Am 27. und 28. November 2013 wird auf einem Kolloquium die europäische Vision Pierre Werners diskutiert werden... [Fortsetzung](#)

Polen :

Kabinettsumbildung in Polen



Am 20. November 2013 gab der polnische Premierminister Donald Tusk seine Entscheidung zur Kabinettsumbildung bekannt. "Wir brauchen neue Energie und eine Beschleunigung", so der Premierminister. Elżbieta Bieńkowska soll neuer Vize-Premierminister werden und zugleich seinen Posten als Infrastruktur- und Entwicklungsminister behalten. Jan Rostowski, bisheriger Vize-Premierminister und seit sechs Jahren Finanzminister Polens, wird durch Mateusz Szczurek ersetzt werden. Der bisherige Umweltminister Marcin Korolec wird sein Ministerium an Maciej Grabowski abgeben. Andrzej Biernat soll neuer Sportminister werden, Grazyna Joanna Kluzik-Rostowska neuer Bildungsminister, Lena Kolarska-Bobińska neue Wissenschaftsministerin und Rafał Trzaskowski Minister für Verwaltung und Digitalisierung. Die neuen Minister werden ihre neuen Ämter ab dem 27. November 2013 übernehmen... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :

Neue Regierung in Tschechien?



Der tschechische Präsident Milos Zeman beauftragte am 21. November 2013 den Vorsitzenden der Sozialdemokraten (CSSD), Bohuslav Sobotka, mit der Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten hatten bei den Wahlen am 25. und 26. Oktober 2013 die meisten Stimmen erhalten. Die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten, der Bewegung ANO (Bewegung der unzufriedenen Bürger) und den Christdemokraten (KDU-CSL) sollen kommende Woche beginnen. Schwerpunkte der Diskussionen

sollen unter anderem Steuerfragen und die Restitution von Kirchengütern sein. Die neue Regierung soll vor Jahresende im Amt sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Rücktritt des slowenischen Wirtschaftsministers



Der slowenische Wirtschaftsminister, Stanko Stepisnik, erklärte am 20. November 2013 seinen Rücktritt, nachdem bekannt geworden war, dass sein Ministerium ein Unternehmen subventioniert hat, an dem der Minister Miteigentümer ist. Stepisnik erklärte, dass er von seinem Ministerposten zurücktrete, dass er jedoch weiterhin sein Abgeordnetenmandat ausüben werde... [Fortsetzung](#)

Georgien :

Parlament Georgiens stimmt für neuen georgischen Premierminister



Am 20. November 2013 stimmten die Abgeordneten des georgischen Parlaments mehrheitlich (mit 93 Stimmen und 19 Gegenstimmen) für den neuen Premierminister Irakli Garibachwili (31 Jahre alt). Sein Amtsvorgänger Bidzina Iwanchwili hatte angekündigt, das Amt zum 27. November 2013 aufzugeben. Der neue Präsident Giorgi Margwelachwili wurde am 27. Oktober 2013 gewählt und hat seine fünfjährige Amtszeit am 17. November 2013 begonnen. Irakli Garibachwili war bisher Innenminister. Er hat an der Sorbonne Internationale Beziehungen studiert und er wird der jüngste Premierminister in der Geschichte Georgiens sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Kein Abkommen zwischen EU und Ukraine



Am 21. November 2013 stimmten die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments gegen ein Gesetz, das die Ausreise Julia Timoschenkos zur medizinischen Behandlung ins Ausland erlaubt hätte. Am gleichen Tag gab die ukrainische Regierung bekannt, dass die Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EU ausgesetzt würden. Die zwei Repräsentanten des EU-Parlaments, Pat Cox und Aleksander Kwasniewski, äußerten ihr Bedauern hinsichtlich der einseitigen Entscheidung der Ukraine. Sie betonten, dass diese Entscheidung negative Auswirkungen haben könnte im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme von Verhandlungen. Am 22. November 2013 rief Julia Timoschenko zu Protesten auf, um gegen die Entscheidung gegen das Abkommen zu demonstrieren. Am 25. November 2013 äußerten sich Herman Van Rompuy und José Manuel Barroso kritisch zum Einfluss Russlands auf die Ukraine. Hat die Ukraine unter russischem Einfluss die richtige Entscheidung getroffen?... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Raumfahrt :

Abschluss dreier ESA-Satelliten "Swarm"



Am 22. November 2013 wurde die aus drei Satelliten bestehende Konstellation Swarm der ESA von einem russischen Rockot-Träger ins All befördert. Ziel dieser für eine Dauer von vier Jahren ausgelegten Mission ist die Beobachtung des Magnetfelds der Erde von den Tiefen des Kerns unseres Planeten bis zu den Höhen seiner oberen Atmosphärenschichten. Die Swarm-Satelliten sollen neue Einblicke in die komplexe Funktionsweise des magnetischen Schutzschields geben, der die Biosphäre gegen geladene Teilchen und kosmische Strahlung abschirmt... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Demokratie im digitalen Zeitalter



Unter Schirmherrschaft des Europarates findet bis zum 29. November 2013 die 2. Ausgabe des Weltforums für Demokratie statt, das diesmal den Themen Internet und Demokratie gewidmet ist. Im Auftrag des Europarates wurde eine Studie erstellt, die neue Möglichkeiten zur Unterstützung der demokratischen Entwicklung durch Internet und digitale Medien analysiert und Maßnahmen vorschlägt, wie die aktive Teilnahme an Politik erleichtert werden kann. Regierungen und Parlamente werden aufgefordert, verstärkt die Nutzung digitaler Medien zu fördern und zu berücksichtigen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

UN-Klimakonferenz in Warschau



Vom 11. bis 23. November 2013 fand die 11. UN-Klimakonferenz in Warschau statt. Die Teilnehmer konnten sich auf folgende Punkte einigen: 2015 soll in Paris ein Welt-Klimavertrag beschlossen werden, der Ziele für den CO₂-Ausstoß festschreibt, um die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Von 2020 an wollen die Industrieländer Entwicklungsstaaten jährlich mit 100 Milliarden Dollar dabei unterstützen, die Folgen des Klimawandels zu lindern. In Warschau wurde eine Arbeitsgruppe beschlossen, die einen Finanzplan entwickeln soll. Schon vorher werden sechs Fonds der Vereinten Nationen arme Länder im Klimaschutz unterstützen. In Warschau versprachen westliche Staaten die Einzahlung größerer Beträge; die meisten der Fonds sollen in Kürze einsatzfähig sein. Industriestaaten wollen zudem Aufforstungsprojekte weltweit finanzieren... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

EU: Bevölkerung von 505,7 Millionen zum 1. Januar 2013



Am 20. November 2013 gab Eurostat aktuelle Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in der EU bekannt. Demnach gab es zum 1. Januar 2013 insgesamt 505,7 Millionen Einwohner in der EU, ein Jahr zuvor lag die Einwohnerzahl noch bei 504,6 Millionen. 2012 wuchs die Einwohnerzahl um 1,1 Millionen Menschen (+2,2 pro 1000 Einwohner). Der Bevölkerungszuwachs aufgrund von Geburten betrug 0,2 Millionen (+0,4%), der Zuwachs aufgrund von Einwanderung lag bei 0,9 Millionen (+1,7%). Insgesamt wurden in der EU 2012 5,2 Millionen Babys geboren. Die höchsten Geburtenraten verzeichneten Irland (15,7%), Großbritannien (12,8%), Frankreich (12,6%), Schweden (11,9%) und Zypern (11,8%). Die niedrigsten Geburtenraten verzeichneten Deutschland (8,4%), Portugal (8,5%), Griechenland und Ungarn (9,1%) und Italien (9%)... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Mehr Reformen in Schwellenländern gefordert



Die EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) stellte am 20. November 2013 ihren Jahresbericht vor mit dem Titel "Transition Report 2013". Die EBRD sieht den sogenannten Konvergenzprozess gefährdet, sie traut lediglich den zentraleuropäischen Staaten - darunter Ungarn, die Slowakei und Polen - und den drei baltischen Ländern zu, binnen der kommenden 20 Jahre ein Pro-Kopf-Einkommen von 60 Prozent der alten, westlichen EU-15-Mitgliedsstaaten zu erreichen. Mit Beginn der Krise seien die Strukturreformen kaum vom Fleck gekommen, so die Kritik der Entwicklungsbank. Das Wirtschaftswachstum in den 30 Staaten von Mitteleuropa bis Zentralasien beträgt aktuell zwei Prozent; abgesehen von der globalen Rezession 2009 der geringste Wert in den vergangenen 15 Jahren... [Fortsetzung](#)

Höhere Lebenserwartung trotz sinkender Ausgaben im Gesundheitswesen



Am 21. November 2013 veröffentlichte die OECD ihren Gesundheitsbericht "Health at a glance" ("Gesundheit auf einen Blick"). Entsprechend des Berichts, der die Gesundheitssysteme von 34 Ländern vergleicht, ist allgemein eine Absenkung der Ausgaben für das Gesundheitssystem festzustellen, als Folge von Haushaltskürzungen aufgrund der Krise. Dennoch gibt es positive Entwicklungen wie der Anstieg der Lebenserwartung auf über 80 Jahre in sämtlichen untersuchten Ländern. Die Kindersterblichkeit ist gesunken, es gibt mehr Ärzte und die Intensivmedizin wie auch die Erstbehandlung hat sich laut OECD verbessert. Die OECD veröffentlichte Einzelbewertungen für verschiedene Länder... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Priscilla-Katakomben in Rom wieder eröffnet



Am 19. November 2013 wurden die Priscilla-Katakomben in Rom nach fünfjähriger Restaurierung wieder eröffnet. Dank einer Laserbearbeitung erstrahlen die religiösen Fresken in neuem Glanz. In den Priscilla-Katakomben, die im Norden Roms liegen und sich unterirdisch über Kilometer erstrecken, sollen zahlreiche frühchristliche Märtyrer und sogar einige Päpste begraben sein. Priscilla-Katakomben heißen die unterirdischen Gänge, weil sie

der Kirche von der Adelige Priscilla aus der römischen Familie der Acilii zur Verfügung gestellt wurden. Bei der Wiedereröffnung wurde bekanntgegeben, dass Teile der Katakomben künftig über einen virtuellen Rundgang bei Google Maps zu besichtigen sein werden... [Fortsetzung](#)

Pop-Art in Mailand



Andy Warhol, Vater der amerikanischen Pop-Art, kommt nach Mailand zurück, mit den Werken aus der Sammlung von Peter Brand. Entlang der Ausstellung "Warhol. Dalla Collezione di Peter Brant" können Besucher bis zum 9. März 2014 einige der bekanntesten Werke dieses außerordentlichen Künstlers sehen. Die Ausstellung umfasst über 150 Werke (Gemälde, Photos, Skulpturen), die die künstlerische Entwicklung Warhols nachvollziehen lassen... [Fortsetzung](#)

"Barbara Klemm. Fotografien 1968-2013"



Für den Martin-Gropius-Bau entwickelt die renommierte Fotografin eine große retrospektive Werkschau, die bis zum 9. März 2014 in Berlin ausgestellt wird. Arbeiten aus fünf Jahrzehnten stehen im Mittelpunkt der Ausstellung. Sie umfasst etwa 300 Exponate und stellt das gesamte Spektrum ihres Schaffens seit 1968 vor. Wie kaum eine andere deutsche Fotografin hat Barbara Klemm das Zeitgeschehen der letzten Jahrzehnte mit der Kamera begleitet... [Fortsetzung](#)

Agenda :



25.-26. November
Brüssel
Ratstreffen Bildung, Jugend, Kultur und Sport



28.-29. November
Vilnius
EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft



2.-3. Dezember
Brüssel
Ratstreffen Wettbewerb

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Antonello Cadinu, Victoria de Posson, Anouk Richard

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in

Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)